



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE 12. SITZUNG DES SOZIALAUSSCHUSSES ÖFFENTLICHER TEIL

Sitzungsdatum: **Donnerstag, 20.11.2025**

Beginn: 14:30 Uhr

Ende 15:49 Uhr

Ort: **im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Aschaffenburg**

ANWESENHEITSLISTE

CSU

Fuchs, Silke

Grimm, Marcus

Herzog, Stephanie

Noll, Stephan

Papachrissanthou, Claudia

Rollmann, Birgit

Vertretung für Herrn Franz Straub

SPD

Gräbner, Brigitte

Ludwig, Bettina

Die Grünen

Rutschmann-Becker, Gabriele

Vertretung für Herrn Tim Höfler

Freie Wähler

Krebs, Angelika

Die Grünen

Dornberg, Olav

Vertretung für Frau Madleen Lörzel

Neue Mitte

Behl, Peter

Vertretung für Frau Hannelore Hock

AfD

Sell, Bernhard

Verwaltung

Scheffler, Margarete

Weitere Anwesende

Kempf, Raimund
Pömmel, Josef
Gärtner, Christoph

Jobcenter Landkreis Aschaffenburg
Main Echo, Aschaffenburg
Pressestelle, Landratsamt Aschaffenburg

Abwesende und entschuldigte Personen:

CSU

Straub, Franz

Freie Wähler

Heim, Brigitte
Pistner, Reiner

Vertretung für Herrn Reiner Pistner

Die Grünen

Höfler, Tim
Lörzel, Madleen

Neue Mitte

Hock, Hannelore

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

1. Bericht des Landrats
2. Bericht des Geschäftsführers des Jobcenters Landkreis Aschaffenburg
3. Haushalt 2026 für die kommunalen Leistungen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe nach dem SGB XII und andere soziale Leistungen
4. Bericht zur Erstellung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung
5. Bericht zur Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes
6. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Landrat **Herr Dr. Legler**, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden sowie die Vertreter der Presse. Der Vorsitzende stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung form- und fristgerecht versandt wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Da keine Anmerkungen und Anträge zur Sitzung vorliegen, leitet **Herr Dr. Legler** direkt zum TOP 1, dem Bericht des Landrats, über.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bericht des Landrats

1. Engagementplattform „freilich“

Die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement im Landratsamt Aschaffenburg ist nun Teil der Engagementplattform „freilich“. Durch die Plattform gibt es die Möglichkeit, als Verein oder Initiative im Landkreis ein Engagementangebot zu veröffentlichen, so dass Interessierte dort ein passendes Ehrenamt für sich finden können. Hinter der Plattform stehen die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen - kurz lagfa bayern - sowie mehr als hundert Freiwilligenagenturen in Bayern. Nähere Infos und die Engagementplattform sind unter www.buergerengagement-ab.de zu finden.

2. Aktion „Mit Kleinkind Willkommen“

Mit dem Projekt „Mit Kleinkind willkommen“ setzt die Gesundheitsregion^{plus} gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle des Landkreises und dem Fachbereich Präventive Jugendhilfe des Landratsamtes ein sichtbares Zeichen für Familienfreundlichkeit in Landkreis und Stadt Aschaffenburg. Ziel ist es, Eltern mit Babys und Kleinkindern unterwegs geeignete Orte zum Stillen, Füttern, Wickeln oder für einen Toilettenbesuch aufzuzeigen. Teilnehmende Geschäfte, Cafés, Praxen und Einrichtungen erhalten einen kostenlosen Aufkleber in der Größe 15 x 15 cm, der ihre Teilnahme kennzeichnet. Seit Anfang Oktober haben sich bereits über 40 Orte gemeldet, die teilnehmen. Auch das Landratsamt beteiligt sich mit allen sechs Standorten, ebenso das Bildungsbüro der Stadt Aschaffenburg. Das Projekt ist eingebettet in die Initiative „Von Anfang an – Hilfe für Familien von Profis“, die werdenden Eltern und Familien über die Website www.anfang-an.de verlässliche, kostenfreie Informationen und Beratungsangebote zugänglich macht. Wer mitmachen möchte, soll sich bei der Gesundheitsregion^{plus} per Mail an GesundheitsregionPlus@Lra-ab.bayern.de melden.

3. Reanimationstraining

Veranstaltungen „Reanimationstraining“

Auch im Jahr 2025 hat sich der Landkreis wieder intensiv der Thematik der Reanimationstrainings gewidmet. So konnten in verschiedenen Aktionen sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes unter fachkundiger Anleitung ler-

nen, wie eine Reanimation funktioniert und wie man im Notfall einfache und lebensrettende Sofortmaßnahmen ergreift

Die Gesundheitsregion^{plus} hat ihr erfolgreiches Projekt der „Reanimations-Quickies“ am 5. Juli 2025 fortgesetzt: An diesem Tag haben im Landkreis und Stadt Aschaffenburg erneut kostenlose Reanimationstrainings an viel besuchten, öffentlichen Orten stattgefunden.

Im Landratsamt haben außerdem bereits zwei In-House Reanimationsschulungen stattgefunden. Dort konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Herz-Druck-Massage ausprobieren und es wurde außerdem der Einsatz eines Laien-Defibrillator erklärt. Ein Experte stand außerdem für alle Fragen rund um Erste-Hilfe-Maßnahmen zur Verfügung.

Herr Dr. Legler begrüßt, nachdem zum Bericht des Landrats keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, Herrn Kempf vom Jobcenter und betont die große Bedeutung der Arbeit des Jobcenters, Menschen bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

2. Bericht des Geschäftsführers des Jobcenters Landkreis Aschaffenburg

Herr Kempf, Geschäftsführer des Jobcenters Landkreis Aschaffenburg, stellt in seinem Bericht die aktuellen Betreuungszahlen sowie die Entwicklung des vergangenen Jahres vor.

Im Juni 2025 betreut das Jobcenter 2.957 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 6.015 Personen, darunter 1.620 Kinder. Diese Zahlen sind derzeit stabil und zeigen sogar einen leichten Rückgang.

Die größte Anzahl an betreuten Personen, wie der Blick auf die Verteilung der Bedarfsgemeinschaften zeigt, stammen aus Singlehaushalten. Die Betreuung und die Möglichkeit, den Leistungsbezug zu beenden, sind bei Singlehaushalten oder Haushalten mit zwei bis drei Personen einfacher als bei größeren Bedarfsgemeinschaften, bei denen die Ansprüche und Bedarfe deutlich höher sind.

Bezüglich der Ausländeranteile berichtete Herr Kempf, dass der Anteil der Regelleistungsberechtigten von 56,5 % im Vorjahr auf aktuell 53,6 % gesunken ist. Ebenso ist der Anteil der erwerbsfähigen Personen von 56,3 % auf 51,6 % zurückgegangen. Im Gegensatz dazu ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gestiegen, was insgesamt als positive Entwicklung bewertet wird.

Auch die Situation der Flüchtlinge aus der Ukraine sowie aus den acht immigrationsstärksten Herkunftsländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien hat sich verbessert. Trotz eines schwächelnden Arbeitsmarktes ist ein deutlicher Anstieg sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter zu verzeichnen. Etwa die Hälfte dieser Beschäftigten übt Helfertätigkeiten in Bereichen wie Gastgewerbe, Produktionshelfer, Bau und Verkehr aus, die andere Hälfte arbeitet als Fachkräfte oder Spezialisten.

Das Jobcenter fördert Arbeitsgelegenheiten sowohl bei Sozialleistungsträgern als auch in Kommunen, wobei der Großteil der AGH bei den Sozialträgern angesiedelt ist. Den größten Anteil haben dabei Grenzenlos, gefolgt von GESTA e. V., Brücke e. V. und der Diakonie. Auch das Mehrgenerationenhaus Mosaik Ringheim, Café Arbeit Alzenau, MIZ Aschaffenburg, OASE Aschaffenburg und Caritas Aschaffenburg bieten Arbeitsgelegenheiten an. Diese Zahlen sind stabil und es wird angestrebt, diese aufrechtzuerhalten, da die Träger auf diese Beschäftigungsmöglichkeiten angewiesen sind.

Die Arbeitsgelegenheiten bieten erwerbslosen Menschen eine wertvolle Chance, erste Erfahrungen im Arbeitsmarkt zu sammeln oder neue Fähigkeiten zu erwerben.

Herr Dr. Legler bemängelt, dass es sehr schwer ist erwerbslose Menschen zur Arbeitsaufnahme zu verpflichten, da die angebotenen Tätigkeiten leicht abgelehnt werden können. Er hofft auf Reformen, die gewährleisten, dass die vom Jobcenter angebotenen Maßnahmen gezielt diejenigen erreichen und unterstützen, die wirklich in einer schwierigen Lage sind. Gleichzeitig fordert er ein konsequenteres Vorgehen gegen diejenigen, die arbeitsfähig sind, aber nicht arbeiten wollen.

Herr Kempf stellt kurz das Projekt „Meine Chance“ vor, das gemeinsam mit dem Landkreis finanziert wird. „Meine Chance“ ist eine zentrale Anlaufstelle für schwer erreichbare, besonders belastete und benachteiligte Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren. Die jungen Menschen werden dort von zwei sozialpädagogischen Fachkräften des Diakonischen Werkes beraten und begleitet. Ziel ist es, die Jugendlichen zu motivieren und zu unterstützen, damit sie weitere Schritte in Richtung schulischer, ausbildungsbezogener und beruflicher Integration gehen können.

Das Jobcenter unterstützt außerdem weitere Projekte, darunter das im April 2023 gestartete Projekt Energieberatung, das Haushalte mit knappem Budget berät. Ebenfalls gefördert wird die von der Diakonie angebotene Antragshilfe, bei der Antragsteller Beratung und Unterstützung bei der Beantragung von SGB II-Leistungen erhalten. Ein weiteres gefördertes Projekt ist die Anerkennungsberatung an der Volkshochschule, die Hilfe bei der Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise bietet.

Herr **Kempf** hebt hervor, dass diese Anerkennungen von großer Bedeutung sind, da sie dem Arbeitsmarkt dringend benötigte, qualifizierte Fachkräfte zuführen. Bedauerlich ist jedoch, dass das Verfahren zur Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen sehr komplex und zeitaufwendig ist. **Frau Ludwig**, die im Pflegebereich arbeitet, berichtet aus ihrer Erfahrung, dass der Anerkennungsprozess leider viel zu lange dauert, obwohl Ärzte, Pflegekräfte und Fachkräfte dringend gebraucht werden. **Herr Kempf** weist darauf hin, dass es für diese Verfahren an ausreichendem Personal mangelt. Die eingereichten Zeugnisse, Ausbildungsnachweise und weiteren Dokumente werden individuell auf ihre Gleichwertigkeit mit deutschen Abschlüssen geprüft. Dabei muss auch entschieden werden, ob Ergänzungsprüfungen erforderlich sind, was den Prozess zusätzlich verlängert.

Herr Dr. Legler weist nochmals auf die komplexe und bürokratisch aufwändige Bearbeitung dieser Verfahren hin. Seiner Meinung nach sollte stärker auf die Erfahrungen der Mitarbeiter im Jobcenter und im Ausländeramt vertraut werden, da diese sehr gut einschätzen können, inwieweit eine ausländische Fachkraft im Arbeitsmarkt eingesetzt werden kann.

In der abschließenden Folie zeigt **Herr Kempf** die Zahlen des Haushaltes, die durchaus zufriedenstellend sind. So stehen für alle Förderungen und Projekte ausreichend Finanzierungsgelder zur Verfügung. Das Budget für die Eingliederungshilfe in diesem Jahr von 2,76 Mio € und für 2026 von 2,47 Mio € sind ausreichend. Auch die Gelder für passive Leistungen wie z. B. das Bürgergeld sind in den letzten Jahren angestiegen.

Da es nach dem Bericht von **Herrn Kempf** keine weiteren Wortmeldungen oder Fragen gibt, übergibt **Herr Dr. Legler** das Wort an **Herrn Weis**.

3. Haushalt 2026 für die kommunalen Leistungen nach dem SGB II - Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialhilfe nach dem SGB XII und andere soziale Leistungen

Herr Weis bestätigt die Ausführungen von **Herrn Kempf** und bewertet die Zahlen in diesem Jahr durchaus zufriedenstellend. Wie aus den bereits übermittelten Unterlagen ersichtlich, sind die Ausgaben in diesem Jahr weitgehend stabil geblieben.

Als Gründe dafür, nennt **Herr Weis**, dass die Regelsätze in 2025 nicht erhöht wurden und diese auch für das Jahr 2026 gleichbleiben. Ein weiterer Grund ist die deutlich gesunkene Zahl von Asylbewerbern, die sich fast halbiert hat, sowie ein Rückgang der Flüchtlingszahlen aus der Ukraine um etwa 18 %.

Zum Stand 31.10.2025 gibt es im Bereich der Grundsicherung nach SGB XII 846 laufende Fälle. Im Vorjahr lag die Zahl noch bei 891 Fällen. Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) sind 104 Fälle registriert, im Vorjahr waren es 138 Fälle.

Die von der Bundesregierung geplante Einführung einer „neuen“ Grundsicherung als Ersatz für das bisherige Bürgergeld, so **Herr Weis**, sieht Verschärfungen bei der Vermögensanrechnung, dem Wegfall der Karenzzeit bei der Übernahme von Mietkosten sowie strengere Mitwirkungspflichten und Sanktionen bei Fehlverhalten vor. Als Startdatum für diese neuen Regelungen ist der 01. Juli 2026 geplant.

Die Bundesregierung plant außerdem, dass Geflüchtete aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 nach Deutschland eingereist sind, wieder die geringeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz statt Bürgergeld oder Sozialhilfe erhalten sollen. Bereits laufende Leistungsbewilligungen nach dem SGB II und XII werden bis zum Ablauf der jeweiligen Bewilligungszeiträume weitergeführt, wodurch eine Übergangszeit von drei Monaten entsteht. Um den bürokratischen Aufwand möglichst niedrig zu halten, sind rückwirkende Verrechnungen nicht vorgesehen.

Das im Februar verabschiedete Gewalthilfegesetz schafft einen bundesweiten, kostenfreien Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für Frauen und Kinder, die von geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt betroffen sind. Ein zentrales Ziel des Gesetzes ist es, die bisherige Unterversorgung im Hilfesystem zu beheben.

Zu den Zahlen berichtet **Herr Weis**, dass der Aufwand von 9,4 Mio € in 2025 auf geplante 9,6 Mio € leicht ansteigt, die einzelnen Positionen jedoch größtenteils stagnieren oder teilweise sogar rückläufig sind. Daher kann davon ausgegangen werden, dass die Planung für 2026 voraussichtlich ausreichend sein wird.

Nach den Erläuterungen von **Herrn Weis** zu er Haushaltsplanung 2026 gibt es keine weiteren Wortmeldungen und Fragen. Deshalb bittet **Herr Dr. Legler** zur Beschlussvorlage abzustimmen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt die Haushaltsplanung 2026 für die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, Sozialhilfe nach dem SGB XII und an-

dere besondere Sozialleistungen (Teilhaushalte Kostenstellen 2410 und 2420) mit einem Nettoaufwand i. H. v. 9.600.300 €.

Abstimmungsergebnis: 15 : 0

4. Bericht zur Erstellung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung

Frau Eisermann, Behindertenbeauftragte, und **Frau Emmerich**, Sozial- und Bildungskoordinatorin, stellen den Aktionsplan für Menschen mit Behinderung vor.

Frau Eisermann erklärt, dass letztes Jahr im November die Erstellung eines Aktionsplanes für Menschen mit Behinderung im Landkreis verabschiedet wurde und heute nun über den aktuellen Sachstand des Projekts berichtet wird.

Seit Jahresbeginn arbeitet der Landkreis an der Erstellung eines Aktionsplans. Frau Eisermann stellt dabei die sieben Handlungsfelder dieses Plans vor: „Frühkindliche Bildung, Schule und lebenslanges Lernen“, „Arbeit und Beschäftigung“, „Wohnen“, „Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit“, „Barrierefreiheit und Mobilität“, „Freizeit, Sport und Kultur“ sowie „Kooperation und Vernetzung“

Das Ziel ist, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung im Landkreis Aschaffenburg in diesen Bereichen zu erfassen, um daraus konkrete Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Das Landratsamt arbeitet bei der Erstellung und Steuerung des Projekts eng mit dem BASIS Institut in Bamberg zusammen. Zu Beginn wurden schriftliche Befragungen mittels Fragebögen durchgeführt, bei denen unter anderem volljährige Menschen mit Behinderung über das Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) in Würzburg befragt wurden.

In der zweiten Phase richteten sich die schriftlichen Befragungen an Eltern von Kindern mit Förderbedarf, die über verschiedene Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Frühförderstellen und schulvorbereitende Einrichtungen kontaktiert wurden.

Gemeinsam mit dem BASIS Institut wurden daraufhin statistische Analysen und Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung verschriftlich.

Als letzten Schritt fanden im Oktober sieben Workshops zu den jeweiligen Handlungsfeldern statt. Ziel war es, die Bedarfe zu den einzelnen Themen zu ermitteln und gemeinsam in der Gruppe zu diskutieren. An den Workshops nahmen Betroffene, Angehörige, betroffene Initiativen sowie Beratungsstellen und Institutionen teil, die in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung engagiert sind.

Frau Emmerich gibt einen Überblick über die Rückläufe und Beteiligung an den Befragungen.

Bei der Befragung volljähriger Menschen mit Behinderung wurde über das Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) eine zufällige Stichprobe von 1.800 Personen ausgewählt. Die Befragung erfolgte schriftlich mittels eines 12-seitigen Fragebogens inklusive Rücksendeumschlag. Aus datenschutzrechtlichen Gründen durften die Daten nicht direkt an das Landratsamt weitergegeben werden. Daher leitete das ZBFS die Daten direkt an das Institut weiter. Die

Rücklaufquote war mit etwa 35 % sehr gut, sodass 656 valide Fälle in die Auswertung einfließen konnten.

Bei der Befragung der Eltern von Kindern mit Förderbedarf verteilte das Landratsamt 360 Fragebögen über Einrichtungen wie Kindertagesstätten, Frühförderstellen, Lebenshilfen und schulvorbereitende Einrichtungen. Auch diese Befragung erfolgte schriftlich mit einem 12-seitigen Fragebogen inklusive Rücksendeumschlag. Die Rücklaufquote war mit rund 20 % jedoch nur mäßig. Ob das Antwortverhalten oder Verteilverhalten ausschlaggebend war, ist nicht verifizierbar.

In einem kurzen Ausblick erläutert **Frau Eisermann**, dass derzeit noch eine Befragung der kommunalen Behinderten- und Seniorenbeauftragten läuft, bei der der Rücklauf bereits sehr erfreulich ist. Im nächsten Schritt wird ein Bericht mit den erarbeiteten Maßnahmen erstellt, der nach sorgfältiger Prüfung in einer Abschlusspräsentation dem Sozialausschuss vorgestellt wird. Anschließend erfolgt die Umsetzung der Maßnahmen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, geht **Herr Dr. Legler** zum nächsten Tagesordnungspunkt über und übergibt das Wort an Frau Jakob.

5. Bericht zur Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes

Frau Jakob berichtet über die Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzept, welches im Sommer 2024 im Sozialausschuss verabschiedet wurde.

Die Pflegebedarfsprognose hat neben den in der Präsentation genannten Handlungsfeldern noch zwei weitere Querschnittsthemen identifiziert. Diese einzelnen Handlungsfelder erörtert **Frau Jakob** im weiteren Bericht.

Zunächst steht das Handlungsfeld „Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung“ im Fokus. Dabei geht es zum einen um die Umsetzung des Projekts „Nette Toilette“. Dieses Projekt wurde im Frühjahr erstmals bei der Bürgermeisterdienstbesprechung vorgestellt und wird nun erneut diskutiert, um die weitere Umsetzung im Landkreis zu planen.

Ein weiteres Thema betrifft die Angebote zu Rufbussen und Fahrdiensten. Hier wurde eine Bestandserhebung durchgeführt, um die bestehenden Angebote zu erfassen. Die Planung zur Bekanntmachung dieser Angebote befindet sich derzeit in der Umsetzung.

Der digitale Wegweiser für Menschen mit Behinderung soll gemäß den Handlungsempfehlungen weiter bekannt gemacht werden. Im Rahmen der Austauschtreffen mit den kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten fand dazu eine Informationsveranstaltung statt. Zudem wurde in der letzten Ausgabe der Seniorenzeitung „Lebensbogen“ des Landkreises ein Artikel veröffentlicht, der auf die Beratungen hinweist.

Mitarbeitende des Fachbereichs sind kontinuierlich mit der Prüfung und Aktualisierung der Inhalte des Wegweisers beschäftigt. Dabei pflegen sie die Webseite und fügen neue gemeldete Objekte ein.

Zur Schaffung von Ruhemöglichkeiten im öffentlichen Raum wurden in den Kommunen Abfragen durchgeführt. Diese verschaffen einen Überblick über bestehende Angebote sowie geplante Maßnahmen zur Schaffung weiterer Ruhemöglichkeiten in den einzelnen Kommunen.

Im Handlungsfeld „Wohnen zu Hause“ wurden am 28. Oktober 2025 die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister des Landkreises zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. An dieser nahm auch die Koordinationsstelle „Wohnen im Alter“ aus München teil. Thema der Veranstal-

tung war die Erstellung und Etablierung von Quartierskonzepten und -management. Ziel ist es, die Infrastruktur so zu verbessern und anzupassen, dass ältere und behinderte Menschen möglichst lange selbstbestimmt und gut versorgt in ihrem Zuhause leben können.

Im Jahr 2025 wurde im Bereich Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit die Handlungsempfehlung umgesetzt, die vorhandenen Informationsmaterialien regelmäßig zu aktualisieren und sowohl digital als auch in gedruckter Form weiter zu verbreiten. Ein Beispiel dafür ist die Veröffentlichung der dritten Auflage der Broschüre „Älter werden in Stadt und Landkreis“.

Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für das Thema „Behinderung“ fand im Februar 2025 die Veranstaltung „Menschen mit Behinderung begleiten“ im Ehrenamt statt, die von der Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement organisiert wurde.

Darüber hinaus wurde die Bekanntheit bestehender Angebote durch digitale und gedruckte Medien gestärkt. Dazu wurden alle Homepages der Kommunen im Landkreis überprüft, um sicherzustellen, dass die Angebote der Fachstellen im Bereich „Gesellschaftliche Teilhabe, rechtliche Betreuung und Pflege“ aktuell sind und verlinkt werden.

Ähnlich wurde auch die Bekanntmachung des Pflegestützpunktes sowie der Seniorenberatung im Landkreis Aschaffenburg überprüft, um die Zusammenarbeit mit den Rathäusern zu sichern. Zusätzlich wurde Öffentlichkeitsarbeit durch Vorträge, Infostände bei internen und externen Veranstaltungen sowie Informationsschreiben an alle Hausarztpraxen im Landkreis betrieben.

Im Rahmen der Social-Media-Reihe „Der Pflegestützpunkt informiert“ wurden ältere Bürgerinnen und Bürger sowie pflegende Angehörige zu Themen rund ums Wohnen im Alter und die Pflege informiert. Dabei standen Sicherheit im öffentlichen Raum, Rollator-Sicherheit und Sturzprävention im Fokus.

Im Handlungsfeld „Präventive Angebote“ wurden weitere Informationsveranstaltungen zur Kriminalitätsprävention bei Seniorinnen und Senioren geplant und durchgeführt. Den Auftakt bildete im November ein Vortrag zum Thema „Im Alter sicher leben – Kriminalpolizeiliche Prävention von Betrugsdelikten“. Im Anschluss wurden die kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten in einem Austauschtreffen für das Thema sensibilisiert, und weitere Veranstaltungen sind in Planung.

Zum Thema „Einsamkeit“ gibt es eine Handlungsempfehlung, die den Ausbau von Angeboten für Seniorinnen und Senioren zur Vorbeugung von Einsamkeit vorsieht. In Zusammenarbeit mit den Mehrgenerationshäusern in Johannesberg und Goldbach wurden bereits mehrere Veranstaltungen durchgeführt, darunter ein Seniorenfilmprojekt („Seniorenkino“), das sehr gut angenommen wurde. Die Ausweitung dieser Angebote auf weitere Gemeinden im Landkreis ist derzeit in Vorbereitung.

Im Bereich der gesellschaftlichen Teilhabe stand bei der Neuauflage des Seniorenwegweisers die Erfassung der Mittagstischangebote für Seniorinnen und Senioren im Mittelpunkt, um diese anschließend im Seniorenwegweiser zu veröffentlichen.

Der Landkreis befindet sich bereits in der zweiten Förderrunde zur Schaffung und Aufrechterhaltung niedrigschwelliger Angebote zur Vermittlung und Erweiterung von Technikenkenntnissen, wie zum Beispiel im Programm „MuT – Medien und Technik – Digital 60+“. Die verschiedenen Schulungsangebote werden im Landkreis Aschaffenburg in Zusammenarbeit mit den Mehrgenerationshäusern in Goldbach, Großostheim und Johannesberg umgesetzt.

Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements steht die weitere Bekanntmachung der Fachstelle „Bürgerschaftliches Engagement des Landratsamtes“ im Fokus. Durch Infostände bei internen und externen Veranstaltungen wurde auf das Angebot aufmerksam gemacht. Die

Fachstelle setzt ihre Angebote wie Vortragsreihen für Vereine und den Fortbildungskalender für das soziale Ehrenamt weiterhin fort.

Im Rahmen der Fortführung der Anerkennung ehrenamtlich Tätiger wurde bei der Veranstaltung am 12.05.2025 die goldene Ehrenamtskarte von **Herrn Dr. Legler** verliehen. Auch pflegende Angehörige, die häufig ehrenamtlich tätig sind, erhielten bei dieser Gelegenheit die goldene Ehrenamtskarte.

Zur Handlungsempfehlung bezüglich Kooperations- und Vernetzungsstrukturen wurde das Netzwerk der kommunalen Seniorenbeauftragten in Verbindung mit den zuständigen Akteurinnen und Akteuren im Landratsamt aufrechterhalten. Hierfür fanden zwei bis drei Austauschtreffen der kommunalen Senioren- und Behindertenbeauftragten statt, die von den Behindertenbeauftragten und der Seniorenberatung des Landkreises organisiert wurden. Themen dieser Netzwerktreffen waren unter anderem die Planung der jährlich stattfindenden bayerischen Demenzwochen.

Zum Abschluss ihrer Vorstellung des Konzeptes zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen verwies Frau Jakob nochmals auf die aktuellen Ausgaben der Zeitschriften „Älter werden in Stadt und Landkreis Aschaffenburg“ sowie „Lebensbogen“.

In der anschließenden Diskussion wies **Frau Ludwig** darauf hin, dass das Thema „Hitzeschutz für Senioren“ im Vortrag fehlt und wünschte sich mehr Entwicklung in diesem Bereich, etwa Informationen darüber, wo Trinkwasser verfügbar ist oder wo man unterwegs gekühlte Räume findet. **Herr Dr. Legler** erklärte, dass dieses Thema bereits vom Katastrophenschutz aufgegriffen wurde und erste Maßnahmen bereits umgesetzt sind.

6. Verschiedenes

Unter dem Punkt Verschiedenes meldete sich **Herr Sell** zu dem Spendenaufruf des Klinikums Aschaffenburg-Alzenau zu Wort und erkundigte sich, warum dieser Aufruf notwendig sei.

Herr Dr. Legler erklärte daraufhin, dass die Aktion „Mission Zukunft“ bereits seit mehreren Jahren besteht und sich als sehr sinnvoll erwiesen hat. **Frau Ludwig** ergänzte, dass die Förderungen durch die Fördervereine für Anschaffungen verwendet werden, die nicht unmittelbar für medizinische Behandlungen erforderlich sind oder nicht mehr vom Träger finanziert werden, wie beispielsweise Heberoboter, Tablets oder Kopfhörer für Patienten.

Da keine weiteren Anträge oder Wortmeldungen eingingen, bedankte sich **Herr Dr. Legler** bei allen Anwesenden und schloss die Sitzung.

Ende der öffentlichen Sitzung: 15:49 Uhr

Dr. Alexander Legler
Landrat

Margarete Scheffler
Schriftführer/in